



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/85

22. Juli 1949

## Der Hl. Stuhl auf dem Wege zum Schiesskrieg

Von Maria Meyer-Sevenich

Die Tatsachen sind bekannt: Die Kongregation des Hl. Offiziums hat durch Dekret vom 14. Juli 1949 vom Empfang der Sakramente ausgeschlossen:

- 1, die Mitglieder kommunistischer Parteien und solche Personen, welche diese Parteien begünstigen;
- 2, diejenigen Katholiken, welche kommunistische Publikationen herausgeben, verbreiten oder lesen.

Mit automatischer Exkommunikation werden durch das Dekret alle Angehörigen der römisch-katholischen Kirche bedroht, die irgend welche eigentliche Aktivität zugunsten der Kommunisten entfalten. Die Massnahmen werden ohne Verzug wirksam.

Die ersten Kommentare des Vatikans zu dem Dekret betonten, dass die Entscheidung für das künftige Verhalten aller Diözesen gegenüber katholischen Kommunisten verbindlich sei. Wenige Tage später, am 19. Juli, veröffentlichte die "bölnische Rundschau" allerdings eine Pariser Meldung, durch die jene ersten, vielleicht etwas übereilten Kommentare wesentlich eingeschränkt werden. Die Meldung betont, dass durchaus nicht an eine automatische Exkommunizierung aller kommunistischen Partei- oder Gewerkschaftsmitglieder in der Welt gedacht sei. Es wird auf die zu erwartenden Ausführungsbestimmungen für das Dekret verwiesen, welche den Bischöfen in der Kirchenstrafe gegen Kommunisten weitgehende Aktionsfreiheit lassen würden.

Damit wird das Dekret einer vorweggenommenen "Entnazifizierungsgesetzgebung" gegen Kommunisten in Theorie und Praxis immer ähnlicher. Die Millionen "Mitläufer" des Kommunismus gelten nach dem Gesetzestext zwar als "Betroffene" - aber die Ausführungsbestimmungen werden es den "Spruchgerichten" der Bischöfe überlassen, auch aus dieser "Bereinigung" das Dunkel werden zu lassen, in dem alle Katzen grau sind. Ganz nach dem Vorbild der uns von den Besatzungsmächten bescherten Entnazifizierung.

Freilich, einige "kleine" Unterschiede bestehen.

Das sind einmal die Machtverhältnisse. In der Tschechoslowakei z.B. hat die angedrohte Exkommunikation keinen Erfolg gehabt. Während anfangs von kirchlicher Seite behauptet wurde, es gäbe dort überhaupt

keine abtrünnigen Priester, während man in der Folgezeit von allenfalls 15 Prozent sprach, berichtet die Presse seit Anfang Juli übereinstimmend, dass in Prag 2.300 katholische Priester automatisch exkommuniziert wurden. Das ist rund die Hälfte der tschechischen Geistlichen, denn es gibt insgesamt nur 4.500 katholische Priester in der Tschechoslowakei.

Und dann bleibt noch eine andere, viel ernstere Frage offen: es handelt sich ja nicht um eine staatliche Macht, die gegen ihre Staatsbürger aus politischen Gründen Sanktionen verhängt. Es ist ein Kirchendekret, es sind religiöse Massnahmen - in einem politischen Machtkampf.

Der Zentrallausschuss des Weltkirchenrates nahm nach einer Meldung aus Chichester vom 15. Juli 1949 gegen diese neueste vom Vatikan eingeschlagene Kampfmethod gegen den Bolschewismus Stellung; obgleich die Verteidigung christlicher Belange für die evangelische Kirche ein ebenso dringendes Anliegen ist, wie für die römisch-katholische Kirche. Der Zentrallausschuss des Weltkirchenrates setzt sich in seiner Erklärung deutlich von der römisch-katholischen Kirche ab. Es heisst, dass der Weltkirchenrat - ebenso wie politische totalitäre Doktrinen - auch solche Kirchen ablehne, "die mit Hilfe der Staatsgewalt religiöse Einheitlichkeit zu erzwingen suchten, wie dies auch in Spanien und Lateinamerika geschehe" ("Die Welt" 16.7.49).

Demgegenüber erklärte der Oberbefehlshaber der europäischen Streitkräfte, Feldmarschall Montgomery, nach einer Meldung der "Kölnischen Rundschau" vom 16. Juli im Zusammenhang mit der neuesten Offensive des Vatikans gegen den Kommunismus: als christlicher Soldat bekenne er sich als Feind des Kommunismus und seiner Ziele. Er sei der Meinung, die westlichen Nationen lebten im Krieg mit dem Kommunismus. Man spreche vom "kalten Krieg", aber immerhin sei es ein Krieg, der eines Tages rasch zum "Schliesskrieg" führen könnte.

Das ist ja der Tat das Kernproblem der Kampfgesetze des Hl. Stuhles. Aber Exkommunikation und Ausschluss vom Sakramenteneempfang sind doch religiöse Massnahmen. Wird nicht die sakrale Gewalt der Kirche damit in den Dienst politischer Zielsetzungen gestellt? Für die Kommentare der Presse steht das ausser jedem Zweifel. "Die Welt" vom 19. Juli z.B. schreibt unzweideutig, Pius XII. glaube nicht mehr an die Friedensbereitschaft des Kreml; er halte die Expansionstendenzen Moskaus, den Drang zur Weltherrschaft, heute für gefährlicher denn je. Der Kreml wolle die Entwicklung des Atlantikpaktes zu einer wirklichen Defensivallianz damit nur verlangsamen.

Hiernach wäre das Dekret ein Beitrag zum "kalten Krieg" - auf dem Wege zum "Schliesskrieg"? Gehört dieser Kampf gegen den Kommunismus nicht in den alleinigen Verantwortungsbereich der Politiker?

Es ist gewiss ein Lebensanliegen der freien Völker, das Vordringen der östlichen Macht aufzuhalten. Aber sakrale Mittel für ein politisches Unternehmen einzusetzen - und wäre es in sich auch richtig - scheint uns nicht Sache der Kirche, der Gemeinschaft der Gläubigen. Kanonen dürfen nicht gesegnet werden, niemals und unter keinen Umständen!

Übrigens haben die Exkommunikationen die diplomatischen Beziehungen des Hl. Stuhles zu den kommunistischen Ländern seither nicht beeinflusst. Der "Schliesskrieg" zwischen dem Hl. Stuhl und dem Kreml ist noch nicht ausgebrochen.

Französische Sozialisten bleiben in der Regierung

Von Alfred Frisch, Paris

Der Parteitag der französischen Sozialisten, der vom 15. bis 18. Juli in Paris stattfand, brachte keine Überraschungen: Die sozialistischen Minister werden weiterhin in der Regierung bleiben und Ministerpräsident Queuille wird so das Glück haben, als erster seit Kriegsende über ein Jahr das Staatsschiff gelenkt zu haben.

Innerhalb der französischen sozialistischen Partei standen und stehen sich drei Tendenzen gegenüber. Die erste Gruppe ist für weiteres Verbleiben in der Regierung, ohne deswegen auf die klare Definition und Verteidigung der sozialistischen Ziele zu verzichten, die zweite Gruppe ist vor allem um die Wiedergesundung der Partei besorgt und würde gegebenenfalls auch vor einem Verlassen der Regierungskoalition nicht zurückschrecken, wenn es für das Wiedererstarken des Sozialismus in Frankreich erforderlich erscheint. Die dritte Gruppe schliesslich, die als äusserste Linke bezeichnet werden kann und von dem früheren Innenminister Depreux geführt wird, verlangt den sofortigen Rückzug der Sozialisten in die Opposition. Der regierungsfreundlichen Rechtsgruppe, an deren Spitze der Generalsekretär der Partei, Guy Mollet, steht, ist es gelungen, trotz einer verhältnismässig starken Opposition die Mehrheit des Parteitages für sich zu gewinnen. Sie ist der Ansicht, dass den Sozialisten ein Bruch der augenblicklichen Koalition keinen Nutzen zu bringen vermag. Im Parlament ist keine neue arbeitsfähige Mehrheit anderer politischer Zusammensetzung vorhanden. Der Sturz der Regierung Queuille würde unweigerlich ein Klima erhöhter politischer und wirtschaftlicher Unsicherheit schaffen, wovon zunächst lediglich Kommunisten und Gaullisten profitieren könnten. Es sei daher besser, bis auf weiteres in der Regierung zu bleiben, selbst wenn in der Vergangenheit von den Sozialisten oft fast unerträgliche Zugeständnisse gefordert wurden.

Die Mittelgruppe, die sich hauptsächlich auf Paris stützt, zu der aber auch eine Reihe bekannter Politiker wie z.B. André Philip gehört, möchte eine ständige Unterordnung der Parteiaktion unter die sich aus der Regierungsbeteiligung ergebenden Verpflichtungen vermeiden... Die Partei soll in allen wichtigen Fragen der Wirtschaft, Innenpolitik, Kolonialpolitik usw. energisch Stellung nehmen, ohne Rücksichtnahme auf die Beteiligung von Sozialisten an der Regierung. Nur dadurch sei es möglich, sie wieder zu beleben und die verlorengegangenen Arbeitermassen zurückzugewinnen.

Der von der zahlenmässig kleinen dritten Gruppe geforderte Weg in die Opposition wird theoretisch von der Mehrheit der Partei gebilligt, weil aller Wahrscheinlichkeit nach der französische Sozialismus völlige Handlungsfreiheit braucht, um sich wieder eine Anziehungskraft für die Massen zu geben. Das ist aber bis auf weiteres politische Theorie, da, wie bereits festgestellt, das Verlassen der Regierung

immer noch mit grossen Gefahren verbunden ist, sowohl für den französischen Sozialismus, als auch für die französische Demokratie.

Der Parteitag befasste sich auch mit aussenpolitischen Fragen. Er betonte die Bedeutung der europäischen Einigung und billigte mit ziemlich grosser Mehrheit die Ratifizierung des Atlantikpaktes. Grumbach trat sehr aufrichtig und eindringlich für die baldige Beteiligung Deutschlands im Europarat in Strassburg ein; und ein anderer Sprecher des internationalen Ausschusses der Partei empfahl eine möglichst enge persönliche Fühlungnahme zwischen deutschen und französischen Sozialisten. Unter den 13 aus dem Ausland gekommenen Delegationen befanden sich bekanntlich auch drei Vertreter der deutschen Sozialdemokratie. Ein Delegierter der SPD sollte an den Parteitag einige Begrüssungsworte richten, zum ersten Male seit Kriegsende. Bedauerlicherweise wurde in letzter Minute aus Zeitersparnis von der Parteitagseileitung beschlossen, insgesamt nur drei ausländische Vertreter sprechen zu lassen, und zwar einen Österreicher, einen Spanier und einen Engländer. Es wurde von zuständiger Seite versichert, dass dieser Entscheidung lediglich technische und keinerlei politische Absichten zu Grunde lagen. Es wäre allerdings bei den gegebenen Verhältnissen erfreulicher gewesen, wenn man statt eines Österreichers einen Deutschen gewählt hätte.

- - - - -

#### Die neue Taktik der italienischen Kommunisten

RAM Rom, im Juli 1949

Immer klarer wird die neue Taktik der italienischen Kommunisten erkennbar, ihren Worten und Taten den Anschein einer Legalität und Verfassungstreue zu geben. Das Bemühen, als Hüter der demokratischen Verfassung aufzutreten, hat sich besonders nach der "Epidemie östlicher Reisen" Togliattis, Di Vittorio, Nenni und anderer seit Juni verstärkt. Kommunisten, Sozialfuzionisten und der Moskau körige Gewerkschaftsbund bilden dabei trotz aller Streiks von Landarbeitern und Seeleuten eine auffallende Aktionseinheit. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren ist man eifrig bestrebt, sogar den Gewerkschaftsagitationen jede politische Note zu nehmen. Togliatti operierte mit angeblichen Verfassungsbrüchen der Regierung bei Beratung des vorläufigen Staatshaushaltes, er verlangte die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission für das Vorgehen Scelbas gegen den Bandenführer Giuliano in Sizilien, und ohne viel Geschrei beugte sich die Partei einer praktischen Archivierung der höchstens drei Millionen Unterschriften umfassenden Petition gegen die Ratifizierung des Atlantikpaktes. Noch auffallender ist der vorsichtige Ton Togliattis in seiner Parteizeitschrift hinsichtlich geplanter Streikbegrenzungen durch ein Regierungsgesetz.

Die Versuche, Parlament und Regierung, Legislative und Exekutive in Gegensatz zu einander zu bringen, entsprechen dem Ziel einer Isolierung der Regierung. Die Kommunisten erheben immer deutlicher Anspruch

auf das Monopol einer Parlamentsopposition. Zumindest geben sie sich den Anschein einer demokratischen Avantgarde. Sie nutzen die zum Teil nicht unberechtigten Vorwürfe anderer politischer Kreise gegen De Gasperi aus und leiten jegliche Kritik an der Regierung auf die eigene Propagandamühle. Das geht bis zum Eintreten für liberale Anschauungen. Von hier aus gesehen erhält die Aufrechterhaltung der Regierungskoalition vom 18. April 1948 ein ganz besonderes Gewicht. Trotz weitgehender Abneigung gegen die allzu grosse Übermacht der Christlich-Demokraten haben denn auch die Parteikongresse der Democrazia Christiana, der unabhängigen Sozialisten Saragats und zuletzt der Liberalen dem status quo zugestimmt. Dass den Liberalen, deren einzige Parteizeitung "Risorgimento liberale" einging, Kontrolle und Einfluss innerhalb der Regierung richtiger erschien als eine Oppositionsrolle an der Seite der ungleich stärkeren Kommunisten, ist besonders bemerkenswert im Hinblick auf die halbsozialistischen Tendenzen (Agrarreform, Planwirtschaft etc.) der herrschenden Mittelgruppe der Christlich-Demokraten.

"Corriere della Sera" spricht von einer kommunistischen Politik auf längere Sicht und nennt Terracini, den Präsidenten der ehemaligen Verfassung gebenden Versammlung, den Vorkämpfer der neuen Taktik. Sicher ist, dass das bewährte Geschrei "Haltet den Dieb" nach wie vor Vertrauensselige findet oder zumindest Verwirrung stiftet. Politische Kreise in Rom sind der Auffassung, dass der etwas komische Mantel im Stil einer "most loyal opposition" zur Schaffung eines psychologischen Entspannungszustandes für den italienischen Kommunismus dienen soll. Wenn nach der Phase einer "Kraftprobe" nun eine Periode "hartnäckiger Einkreisung der Regierung" durch Togliatti folgt, bleibt abzuwarten, wie weit der Verzicht auf alte Kampfmethoden geht.

#### ----- Die Brüder Reuther

sp. Die kameradschaftliche Hilfe, die die deutschen Arbeiter im Kampf gegen die Demontagen durch den Vorsitzenden des amerikanischen Automobilarbeiterverbandes Walter Reuther erfahren haben, wird in der Geschichte der demokratischen Arbeiterbewegung der westlichen Welt unvergesslich sein. Walter Reuthers engster Mitarbeiter in der Leitung des amerikanischen Automobilarbeiterverbandes ist sein Bruder Victor Reuther, und es gibt in der modernen Arbeiterbewegung kaum zwei Menschen, deren persönliches Erleben so sehr ihren Kampf für die Freiheit symbolisiert.

Die beiden Brüder Reuther sind es, die die Leitung des amerikanischen Automobilarbeiterverbandes den Kommunisten entzogen haben und dafür mit glühendem Hass verfolgt werden. Vor etwa einem Jahr wurde auf Walter Reuther ein Attentat verübt, und vor wenigen Wochen traf seinen Bruder Victor das gleiche Schicksal. Über den Jahreskongress des amerikanischen Automobilarbeiterverbandes berichtet die "New York Times" vom 12. Juli 1949 wie folgt:

"Ein dramatischer Augenblick auf dem Kongress kam, als

22.7.1949

Walter Reuther, den rechten Arm verkrüppelt als Folge der Verwundung, die er bei dem Attentat am 20. April 1948 erlitten hat, und die Stimme heiser vor Bewegung, Victor G. Reuther, den Forschungsdirektor des Automobilarbeiterverbandes, der Versammlung mit den Worten vorstellte: "Quer Bruder und mein Bruder".

Victor Reuther, seinen eigenen rechten Arm in der Schlinge und mit einem Verband um den Kopf, welcher die Narben in seinem Gesicht dort verhüllte, wo ihm sein rechtes Auge herausgeschossen worden ist, schritt zum Rednerpult, lächelnd und aufrecht. Victors gesunder linker Arm schlug in den Walters, und die beiden Brüder, die jeder Opfer eines Mordversuchs seit dem letzten Kongress gewesen sind, standen den Delegierten gegenüber. Es war Victor Reuthers erstes Auftreten in der Öffentlichkeit, seit in seinem Hause in Detroit am 25. Mai 1949 der Einschlag auf ihn verübt wurde".

Die deutsche Arbeiterschaft ist froh und dankbar, dass das Leben dieser beiden hervorragenden Kämpfer ihrer Arbeitskollegen und im Kampf gegen Unterdrückung und sinnlose Zerstörung erhalten ist und wünscht ihnen für ihre weitere Genesung das allerbeste.

E.

#### Wohin geht der Weg?

Von Dr. Arnold Hille, München, M.d.L.

Es hat sich herumgesprochen, dass die Entnazifizierung, besonders auch in Bayern, den kleinen Pgs gewissermassen zum Hauptschuldigen werden liess. Mit der Rechtsprechung, besonders der Berufungskammern und des Kassationshofes, ist tatsächlich das politische Gewicht, das dem Gesetz über Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus vom 5.3.46 zukam, völlig verlagert worden. Der kleine Pg fühlt sich als Märtyrer, z.T. auch mit Recht. Unter Hinweis besonders auf die unbestreitbare Notwendigkeit, den Rechtsstaat zu garantieren, versuchen vor allem die zu "Unrecht" zu Mitläufern gestempelten Funktionäre und "Verschworenen" der ehemaligen NSDAP die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass der Rechtsstaat im Wanken, die Rechtsordnung aufgelöst und damit ein chaotischer Zustand grössten Ausmasses eingetreten sei.

Mit solchen und ähnlichen Begründungen schweben im Augenblick beim bayerischen Verfassungsgerichtshof eine Reihe von Beschwerden, die gegen alle die Bestimmungen ankämpfen, die nicht hundertprozentig den Wünschen der belasteten Pgs entsprechen, insbesondere was das passive Wahlrecht der Mitläufer zum Landtag - also die Wahl zum Landtagsabgeordneten - die Wählbarkeit zu Bürgermeistern oder Bürgermeister-Stellvertretern in Gemeinden über 10 000 Einwohner und zum Landrat bzw. Landrat-Stellvertreter betrifft. Auch die Bestimmungen der

VO 113 über die Wiederverwendung entlassener Fg-Beamter, die sinngemäss in allen Ländern der Bizone gelten, werden als Verfassungsbruch bezeichnet. Inzwischen haben Verwaltungsgerichte und Verwaltungsgerichtshof, aber auch Zivilgerichte, auf einer Reihe wichtiger Gebiete "das volle Recht" auch der schwerbelasteten Fgs wieder hergestellt. In der Stadt München sind in den ersten zwei Jahren nach Kriegsende nach den Angaben der Rechtsabteilung des Wohnungsamtes mehr als 30.000 Wohnungen ehemaliger Fgs hauptsächlich unbelasteten Personen, unter denen sich keine 5 v.H. politisch oder rassistisch Verfolgte befinden, zugewiesen worden. Auch hier hat der bayerische Verwaltungsgerichtshof in einem Falle grundsätzlich entschieden, dass solche Wohnungen dem früheren Inhaber zurückzugeben sind, ganz gleich, ob der neue Mieter ein Ausgebombter, Flüchtling, politisch Verfolgter oder sonst vom Kriege wohnungslos gewordener Bürger ist.

Weiter: In der bayerischen Staatsverwaltung werden nach dem Stand vom 31.12.48 rund 104.000 Angestellte und Beamte beschäftigt, davon mehr als 32.000 ehemalige Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen. Am gleichen Stichtag betrug die Zahl der im bayerischen Staatsdienst beschäftigten Personen, die dem Kreis der politisch Verfolgten angehören, genau 800, und die dem Kreis der rassistisch Verfolgten angehören, 292. Inzwischen dürfte sich diese Zahl zu Ungunsten dieser Kreise verändert haben. Weiter wurden rund 20.000 Flüchtlinge und über 15 v. H. Schwerbeschädigte, errechnet nach der Gesamtzahl der im Staatsdienst tätigen Personen, beschäftigt, in letzterem Falle also Personen, die in ihrer Erwerbsfähigkeit um 50 und mehr Prozent beschränkt sind.

Obwohl der bayerische Landtag beschlossen hat, einen Personalabbau in Höhe von 20 Prozent vorzunehmen, verlangen alle nicht gerade als Hauptschuldige oder Aktivisten herausgekommenen ehemaligen Fgs die sofortige Wiedereinstellung in den Staatsdienst. Die Verwirklichung dieses Wunsches würde also bedeuten, dass entweder Schwerbeschädigte oder Flüchtlinge oder unbelastete Personen zu Gunsten dieses Kreises entlassen oder freiwerdende Stellen ausschliesslich ehemaligen Fgs reserviert werden. Auch die letzten Angehörigen des kleinen Kreises der ehemaligen politisch und rassistisch Verfolgten werden wahrscheinlich in kürzester Zeit mit irgend einer herbeigeholten Begründung ihre Ämter verlieren.

Die Verhältnisse liegen in der Wirtschaft ähnlich. Es ist notwendig, sie klarzustellen, insbesondere deshalb, weil gewisse Kreise immer wieder behaupten, die "Bonzen" oder die politisch und rassistisch Verfolgten würden die Stellen der ehemaligen Fgs einnehmen oder seien die Nutzniesser an Rechten und Eigentum, die in Wirklichkeit nicht nur politisch Belastete, sondern in weit höherem Umfang gerade Unbelastete eingebüsst haben, durch Umstände, die allein auf die Schuld des vergangenen Systems zurückzuführen sind.